

Rede Jahreshauptversammlung 21.2.2009

Neuer Gesellschaftsvertrag

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich weiß nicht, wie es euch letzten Samstag gegangen ist,
mir ist speiübel geworden als ich die Nachrichten aus Dresden gehört habe.

6000 Nazis dürfen ungestört durch Dresden pöbeln.
Finstere gewaltbereite Gestalten marschieren durch die Stadt
und rufen ihre dumpfen Parolen.
Leider haben wieder zu viele weggeduckt und sind lieber Schoppen gegangen.
Und die Polizei?
Sie hat mehr Angst vor den Gegendemonstranten als vor den Nazis.

Ich war aber auch dankbar für 10.000 Demokraten,
die auf die Straße gegangen sind.
Unter ihnen ganz viele Grüne.
Stefan, ganz großen Dank,
dass du mit einem Bus Berliner Bündnisgrüner dazu beigetragen hast.

Die 10000 haben sich gegen die absurdeste Form
der Vereinnahmung der Bombardierung Dresdens gewehrt.
Eine infame und zynische Leugnung der Geschichte.

Aber wir dürfen uns über soviel Dummheit nicht wundern,
wenn der Papst Wochen braucht,
um sich von dem Holocaust Leugner Richard Williamson zu distanzieren.
Oder
wenn es im Sächsischen Landtag in fünf Jahren NPD nur einmal gelungen ist ein
einheitliches Vorgehen gegen die NPD zu organisieren.
Unsere sächsischen Freundinnen und Freunde
haben zwar die ganze Zeit Aktionen gemacht und immer wieder aufgeklärt.
Die CDU aber hat es vorgezogen, lieber nicht gegen die NPD vorzugehen.
Ein unverzeihlicher Fehler.

Die CDU ist schuld, wenn die NPD dieses Jahr wieder in den Landtag einzieht,
obwohl sich die NPD fünf Jahre gnadenlos blamiert hat.
Die Taktik der Polizei
wird auch angesichts dieses ungeklärten Verhältnis der CDU zur NPD in Sachsen
zu hinterfragen sein.

Nur ein geschlossenes Vorgehen aller Demokraten zeigt Wirkung.

Deshalb geht mein Dank ganz besonders an die Gewerkschaftskollegen,
die sich im Kampf gegen Rechts haben verprügeln lassen müssen.
Ich denke wir alle hoffen, dass sie alle wieder schnell gesund werden.

Aber

Wir dürfen da nicht drumherum reden.

Das war die größte Zusammenrottung der Nazis seit 1945.

Mir macht das Angst – ich will das nicht noch einmal sehen.

Und vor allem will ich nicht,

dass Pankow der nächste Aufmarschort für sie wird.

Die NPD hatte für den 1. Mai eine Demo
mit 1000 Teilnehmern in Pankow angemeldet.

Jetzt haben sie angeblich zurückgezogen
und wollen in Köpenick mit weinigen rumpöbeln.

Ich glaube das nicht.

Wir müssen sehr genau beobachten, ob sie kommen.

Gerade wir in Pankow haben eine Verantwortung.

Am 27. Januar war ich bei der diesjährigen Lichterkette
zum Holocaust Gedenktag vor dem jüdischen Waisenhaus.

Schülerinnen und Schüler haben Namen und Anschrift

von jüdischen Bürgern vorgelesen,

die aus Pankow deportiert wurden.

Ein Haus in meiner Straße wurde besonders häufig vorgelesen.

Wir haben die Verantwortung uns gegen solche Faschisten zur wehr zu setzen.

Die NPD und ihre Schläger nutzen jede Gelegenheit,

um gegen unser Grundgesetz zu hetzen.

Zum Beispiel im letzten Jahr in Dresden,

als sie sich an die Speerspitze eines Protestes

gegen einen furchtbaren Kindesmissbrauch gesetzt haben.

Auch durch solche Ereignisse

kommt unsere parlamentarische Demokratie

immer mehr in Verruf.

76 % der Ostdeutschen sind mit dem realen System nicht zufrieden.

Aber, wer glaubt das sei ein Ostphänomen

der irrt gewaltig

Im Westen sind es zwar etwas weniger, aber immer noch deutlich über die 50 %

Hierfür gibt es viele Gründe:

- die soziale Spaltung nimmt immer weiter zu – auch unter Rot-Grün.

- Die Menschen haben das Gefühl,
dass die Politik oft den Machterhalt vor das Gemeinwohl stellt –
wie man gerade wieder bei der Großen Koalition sieht.

- Sie verstehen viele Entscheidungen aber auch nicht. Wie auch?
Sie sind kompliziert
und durch die ganze Showpolitik weiß eh niemand mehr,
wann passiert eigentlich wirklich was
und wann beschäftigt sich die Politik mit sich selber.
Da hört man besser gar nicht mehr zu.

- Viele Menschen fühlen sich aber auch ausgegrenzt,
sie finden keine soziale Heimat in ihrem Land.
Wer hört ihnen noch zu,
wer nimmt ihre Biographien und ihre Zukunftsängste wenigstens noch zur Kenntnis.

Wir können das Problem in Pankow nicht alleine lösen,
aber wir können gerade in diesem stark mobilisierbaren Bezirk
unseren Beitrag dazu leisten

Ich möchte deshalb die Diskussion
um die 20 Jahre friedliche Revolution auch dazu nutzen,
dass die Pankowerinnen und Pankower –
die Alteingesetzten und die Neuzugezogenen nicht nur über die Revolution,
sondern auch über die Zeit vorher und seitdem ins Gespräch kommen.

Ich freue mich, dass Uwe Dähm
- unser Direktwahlkreiskandidat von 1994 –
mit mir Oppositionstouren durch Pankow anbieten wird.
Dabei soll es natürlich um die Zeit 89/ 90 gehen.

Aber ich will damit mehr erreichen.
Ich will Begegnungen und Orte schaffen,
an denen Menschen miteinander ins Gespräch kommen.
Sie sollen sich ihre Geschichte erzählen und so Geschichte kennen lernen.

Liebe Freundinnen und Freunde,

Wahlkampfzeiten sind Zeiten,
in denen die politische Aufmerksamkeit etwas höher ist als sonst.

Ich möchte die drei Wahlen dieses Jahr nutzen für unsere Politik zu werben
und natürlich will ich am 27. September gewinnen.

Ich will diese Zeit aber auch nutzen,
um Politik wieder näher an die Leute zu bringen
und die Menschen näher an die Politik.

Ich habe nicht umsonst gesagt,
wer eine andere Politik will, muss Politik anders machen.
Ich habe soviel Erfahrung in der Politik gesammelt,
dass ich weiß, so geht es auf Dauer nicht weiter.

Ich habe die Zahlen genannt,
Die Demokratie und unsere Staatsform stecken in einer schweren Krise.

Vieles an der vorhandenen Kritik ist auch völlig berechtigt.
Sehr vieles aber auch nicht.
Ganz sicher ist die Krise aber selbstgemacht.

Ein Land und ein Wirtschaftssystem,
das die Ungleichheit erhöht
und das Menschlichkeit als Auslaufmodell für Nostalgiker abtut,
wird auf Dauer nicht überleben.

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise
bietet hier viele Chancen etwas zu verändern,
aber auch genauso große Gefahren.

Im November freuten sich viele, jetzt komme die große Chance der Politik.
Jetzt könne sie mal wieder zeigen,
wie stark sie ist und wer eigentlich das Sagen hat.
Und vor allem die LINKE dachte, jetzt kommt ihre große Zeit.

Ich habe damals gewarnt,
Ich habe gefragt, was passiert, wenn der Staat die Krise auch nicht lösen kann,
sondern sich die Krise weiter verschärft.
Mir war klar, wenn der Staat die Probleme übernimmt
dann wird aus der Finanzkrise irgendwann eine Staatskrise.

Dann waren es nicht mehr Banker,
die russisches Roulette gespielt haben,
oder Manager und Aufsichtsräte für die der Börsenkurs zum Allerheiligen wurde,
die gerne Unternehmen zerschlagen haben,
oder Arbeiter auf die Straße geschmissen haben,
wenn es dem Kurs nutzte

Heute schauen alle nur noch auf die Politik, ob sie es schafft.
Das Stimmungshoch der LINKEN ist mehr zu einem flattern geworden,
dafür sind die größten Verursacher dieser Krise, die FDP
plötzlich zum scheinbarem Sicherheitsgaranten geworden.
Völlig absurde Zustände.

Natürlich war und ist es richtig, dass die Politik handelt.
Die Folgen wären nicht mehr kontrollierbar gewesen.

Die Menschen brauchten und brauchen jetzt Sicherheit.
Die Menschen brauchen aber auch die Sicherheit,
dass sich eine solche Krise nicht mehr wiederholt
und sie wollen die Sicherheit, das am Ende nicht sie die Zeche zu zahlen haben.
Die Gefahr besteht, dass sie erst in der Wirtschaftskrise
und später beim Schuldenabbau doppelt zahlen.

Die Schulden von heute sind der Sozialabbau von morgen.
Das war immer so.
und wenn wir nicht ganz entschieden dagegen halten,
wird das dieses mal auch wieder so sein.
Wenn Schwarz-Gelb die Wahl am 27. September gewinnen sollte,
werden die Steuern der Besserverdienenden gesenkt
und dafür die Leistungen der ALG II Bezieher weiter gekürzt.

Wir müssen einen klaren Kurs dagegen setzen,
Ich zumindest werde Maßnahmen nur unterstützen,
wenn damit der sozial-ökologische Umbau vorangetrieben wird,
und es so zu einem Grünen New Deal kommt.

Nur so geht auch die Demokratie und der Staat gestärkt aus dieser Krise heraus.
Das ist möglich. Diese Krise hat ein Fenster der Möglichkeiten geöffnet.

Liebe Freundinnen und Freunde,

im Mai jährt sich die Ausrufung des Grundgesetzes zum 60 mal.
Während die Bundesregierung einen Rummel organisieren wollte,
mit dem man vielleicht 60 Jahre Hofbräuhaus hätte feiern können,
zeigt die grüne Bundestagsfraktion mit ihrer Einladung
zu einem großen inhaltlichen Kongress,
wie man mit einem solchen Datum angemessen umgehen muss.

Wir müssen dieses Datum dafür nutzen, um für die Demokratie zu werben.

Aber ich sage auch, ein Kongress alleine wird nicht reichen.

Dafür stecken wir zu tief im Morast.

Manchmal kommt es mir vor,

dass manche Hofnarren im Parlament mehr

über ein Nachnutzungskonzept für die Demokratie nachdenken,

als sich an einer gerechten und ökologischen Erneuerung zu beteiligen.

Ganz sicher tut das die PDL, die Partei der LINKEN.

Wer das Europäischen Parlament weiterhin zu einem Nebenschauplatz erklärt,

Wer den EU Bürgerinnen und Bürger weiterhin die Grundrechte verweigert,

wie die PDL,

das durch ihr Nein zum Verfassungsvertrag tut,

hat sein Verhältnis zur Demokratie nicht geklärt.

Niemand sagt, der Vertrag sei toll.

Er ist zufriedenstellend

Er ist aber deutlich besser als der heutige Zustand,

was selbst die meisten LINKEN nicht bestreiten.

Auch mir fehlt etwa ein klares Nein zur Atomkraft,

dann bräuchten wir heute nicht über neue Atomkraftwerke in Schweden zu streiten.

Aber dafür den Vertrag verantwortlich zu machen

zeugt von einer zutiefst undemokratisch Haltung.

Deshalb kann ich nur warnen,

Jeden der sich über die Klagen in Karlsruhe gegen die EU-Verfassung freut,

sollte sich genau ansehen,

mit wem er da alles an einer Seite kämpft.

Ich hoffe zumindest,

dass wir die Stärkung der Europäischen Demokratie

im EU-Wahlkampf zum Thema machen werden.

Bei Werner Schulz bin ich mir da ganz sicher.

Ich freue mich darauf mit ihm in den nächsten Monaten

für ein sehr gutes Bündnisgrünes Ergebnis in Pankow zu kämpfen.

Vor fünf Jahren waren wir stärkste Kraft in Pankow.

Drunter werden wir es auch in diesem Jahr nicht machen.

Lasst mich um Schluss kurz zur dritten Wahl dieses Jahr etwas sagen,
ich meine den Volksentscheid zu Pro Reli

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich weiß, dass ist für uns Bündnisgrüne in Pankow kein leichtes Thema.

Ich kann mir kaum vorstellen,
dass wir uns in dieser Auseinandersetzung so engagieren,
wie wir das beim Thema Volksentscheid zu Tempelhof getan haben.
Für diese Leistung, über der ganze Landesverband gestaunt hat,
möchte ich dem alten Vorstand auch ganz besonders danken.

Pro Ethik oder Pro Reli zerreist viele von uns.
Das sollten wir alle akzeptieren.

Aber,
eines geht natürlich nicht,
die Scheinheiligkeit mit der die SPD
einfach den Termin auf den 26. April festgelegt hat,
und nicht zur Europawahl, die keine zwei Monate später stattfindend,
ist eine bodenlose Frechheit.

Dieses Vorgehen schadet der Idee der Direkten Demokratie sehr.
Berlin ist innerhalb zweier Jahren,
vom Schlusslicht zum Spitzenreiter
bei der Direkten Demokratie in Deutschland geworden.

Die Erfahrungen sind auch für uns Grünen nicht nur angenehm.
Aber wie viele Menschen sich in den letzten zwei Jahren
persönlich für ihre Interessen stark gemacht haben,
zeigt wie richtig wir mit unsere Forderung lagen.
Mit dem Engagement dieser Menschen so umzuspringen ist skandalös.

Ich glaube mittlerweile auch, dass hat die SPD nicht gemacht,
weil sie Angst vor dem Ergebnis des Volksentscheid hat.
Ich glaube vielmehr, sie braucht den frühen Termin,
damit denen nicht der eigene Laden auseinander fliegt.

Wie wollen sie den EU Wahlkampf machen,
wenn einerseits mein Mitbewerber im Radio für Pro Reli wirbt
und sogar der Kanzlerkandidat der SPD das Volksbegehren unterschreibt
und andererseits Woworeit und Co Ethik als Unterrichtsfach verteidigt.

Diese Kraft und politische Kultur hat die SPD nicht.

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich bin mit aber sicher, wir haben diese Kultur.
Das werden wir in den nächsten Monaten beweisen.

Lasst uns – egal was einzelne denken
mit einer Haltung an den Ständen stehen,
die heute schon die notwendige wirklichen Fragen aufwirft,
die zu klären sein werden, wenn der Volksentscheid am 26 April vorbei ist.